



Erklärung

der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente zur wehrhaften Demokratie vom 26. Mai 2025 in Salzburg

In ihrer Erklärung „Regionalparlamente und wehrhafte Demokratie in geopolitisch unsicheren Zeiten“ anlässlich ihrer Konferenz am 26. Mai 2025 in Salzburg nehmen die Präsidentinnen und Präsidenten zu den komplexen geopolitischen und sozioökonomischen Herausforderungen Stellung und äußern u.a. ihre Besorgnis vor allem hinsichtlich der wachsenden Bedrohung durch Demokratiefeindinnen und -feinde und Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretiker. Sie sehen gerade die Parlamentarierinnen und Parlamentarier verpflichtet, die Belastbarkeit der demokratischen Institutionen zu verteidigen und die Demokratie zu schützen.

Zur Wehrhaftigkeit der Demokratie haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes Maßnahmen zur Verteidigung unserer demokratischen Institutionen aufgenommen. Ultima Ratio für jede Partei, die unsere Demokratie von innen aushöhlt, ist das Parteiverbotsverfahren. Auch die Landesparlamente setzen sich mit den verfassungsrechtlichen Instrumenten einer wehrhaften Demokratie auseinander. Begründete Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit von Parteien werden Gegenstand allgemeiner politischer Erörterungen sein. Ein faktenbasierter Diskurs wird der Legendenbildung und Verschwörungstheorien entgegenwirken.

Daher wird der Bundesminister des Innern ersucht, das Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem den Landesparlamenten und den Wählerinnen und Wählern nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln über den Eilantrag der AfD (Az. 13 L 1109/25) in geeigneter, die rechtlichen Erfordernisse wahrender Form zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitz der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz übermittelt diese Erklärung an

- die Präsidentin des Deutschen Bundestages,
 - die Präsidentin des Bundesrates,
 - die Bundesregierung und
 - den Bundesminister des Innern.
-